



Gerichtshof der Europäischen Union Terminhinweise

1. – 12. Mai 2023

Eine vollständige Terminübersicht finden Sie im Kalender auf unserer Website Curia.

Soweit nicht anders angegeben beginnen alle Sitzungen um 9.30 Uhr.

Kontakt:

Marguerite Saché
Pressereferentin
+352 4303 3549

Ana-Maria Krestel
Assistentin
+352 4303 3645

Folgen Sie uns auf
Twitter: [@EUCourtPress](#)
oder [@CourUEPresse](#)

[Datenschutzhinweis](#)

Dienstag, 2. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-115/22 NADA u.a.

Datenschutz bei Doping-Sanktionen

Die unabhängige Dopingkontrollereinrichtung (NADA) hat die Österreichische Anti-Doping-Rechtskommission (ÖADR) angerufen, weil sie der Auffassung war, dass eine Sportlerin gegen Anti-Doping-Regeln verstoßen habe.

Die ÖADR erklärte die Sportlerin für schuldig und erlegte ihr Sanktionen auf, wobei ihr Name und sonstige individuelle Merkmale veröffentlicht werden sollen.

Die Sportlerin geht gegen den Beschluss der ÖADR vor und begehrt die Wahrung ihrer Anonymität.

Zu dieser datenschutzrechtlichen Problematik hat die unabhängige Schiedskommission den Gerichtshof um Vorabentscheidung ersucht.

Heute findet die mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 2. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-335/22 Khudaverdyan / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im März 2022 beschloss der Rat der EU angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Tigran Khudaverdyan einzufrieren. Er gehöre zum inneren Kreis der Oligarchen um Vladimir Putin. Er sei Exekutivdirektor von Yandex, einem führenden Technologie-Unternehmen in Russland, das sich auf intelligente Produkte und Dienstleistungen auf der Basis von maschinellem Lernen spezialisiert habe. Der ehemalige Leiter der Nachrichtenredaktion von Yandex habe dem Unternehmen vorgeworfen, „ein Schlüsselement beim Verbergen von Informationen über den Krieg in der Ukraine vor den Russen“ zu sein.

Herr Khudaverdyan hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 3. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-354/22 Weingut A

Verwendung der Bezeichnung "Weingut"

Die Inhaberin eines Weinbaubetriebs in Zell im Weinbaugebiet Mosel stellt ihren Wein u.a. aus den Weintrauben gepachteter Rebflächen her und mietet jährlich die Kelteranlage des Verpächters und zugleich Bewirtschafters bestimmter Flächen an.

Das Land Rheinland-Pfalz ist der Auffassung, sie dürfe für den in den Betriebsräumen des Bewirtschafters gekelterten Wein nicht die Bezeichnungen „Weingut“ und „Gutsabfüllung“ verwenden.

Das Bundesverwaltungsgericht möchte vom Gerichtshof wissen, ob die Weinbereitung "vollständig in diesem Betrieb erfolgt", wenn der namensgebende Weinbaubetrieb den Wein aus Trauben von Rebflächen gepachteter Weinberge in einem vom Bewirtschaftler für 24 Stunden

angemieteten Kelterhaus keltern lässt.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 3. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-361/22 Elena Timchenko / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im April 2022 beschloss der Rat der EU angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Elena Timchenko einzufrieren. Sie sei die Ehefrau des Milliardärs Gennady Timchenko, gegen den ebenfalls restriktive Maßnahmen gerichtet seien. Sie nehme über die Timchenko-Stiftung an seinen öffentlichen Angelegenheiten teil. Daher profitiere sie von Gennady Timchenko, einem führenden Geschäftsmann, der für die Unterstützung von Handlungen oder politischen Maßnahmen verantwortlich sei, die die territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine untergrüben, und der von russischen Entscheidungsträgern profitiere, die für die rechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim und die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich seien.

Frau Timchenko hat die gegen sie verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 3. Mai 2023

14.30 Uhr!

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-252/22 Gennady Timchenko / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Ende Februar 2022 beschloss der Rat der EU angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Gennady Timchenko einzufrieren. Er sei ein langjähriger Bekannter von Vladimir Putin und werde weithin zu dessen Vertrauten gezählt. Er profitiere von seinen Verbindungen zu russischen Entscheidungsträgern. Er sei Gründer und Anteilseigner der Volga Group, einer Beteiligungsgesellschaft, die über ein Portfolio an Investitionen in wichtigen Sektoren der russischen Volkswirtschaft verfüge. Die Volga Group trage wesentlich zur russischen Wirtschaft und deren Entwicklung bei. Er sei zudem Anteilseigner der Bank Rossiya, die als persönliche Bank hochrangiger Beamter der Russischen Föderation gelte. Seit der rechtswidrigen Annexion der Krim habe die Bank Rossiya Zweigstellen auf der Krim und in Sevastopol eröffnet und so deren Eingliederung in die Russische Föderation verfestigt. Außerdem halte die Bank Rossiya große Anteile der Nationalen Mediengruppe, die ihrerseits Fernsehsender kontrolliere, die aktiv die Politik der russischen Regierung zur Destabilisierung der Ukraine unterstützten.

Herr Timchenko hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Urteil des **Gerichtshofs** in der Rechtssache C-300/21 **Österreichische Post (Immaterieller Schaden im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten)**

Voraussetzungen für Schadensersatz bei unzulässiger Datenverarbeitung

Die österreichische Post hat im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Adresshändlerin (mit dem Ziel, ihren werbetreibenden Kunden den zielgerichteten Versand von Werbung zu ermöglichen) Informationen zu den Parteiaffinitäten der gesamten österreichischen Bevölkerung erhoben.

Ein von dieser Datenverarbeitung Betroffener verlangt von der österreichischen Post immateriellen Schadensersatz in Höhe von 1000 Euro, weil sie ihm eine hohe Affinität zur FPÖ zugeschrieben habe. Ihm liege ein Sympathisieren mit Parteien des rechten Randes fern, weshalb diese Zuordnung eine Beleidigung, beschämend und im höchsten Maß kreditschädigend sei. Die Daten des Betroffenen hatte die Post zwar verarbeitet, jedoch nicht an Dritte weitergegeben.

Der mit dem Rechtsstreit befasste Oberste Gerichtshof möchte vom EuGH insbesondere wissen, ob der Zuspruch von Schadensersatz nach der Datenschutz-Grundverordnung zusätzlich zu einer Verletzung von Bestimmungen der Verordnung auch erfordert, dass der Betroffene einen Schaden erlitten hat.

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat das in seinen Schlussanträgen vom 6. Oktober 2022 bejaht.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite (EBS)** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-487/21 Österreichische Datenschutzbehörde und CRIF

Umfang des Auskunftsrechts über personenbezogene Daten

Ein Betroffener hat bei der österreichischen Kreditauskunftei CRIF die Übersendung einer Kopie der zu seiner Person verarbeiteten Daten angefordert. Die CRIF erteilte teilweise die angeforderten Auskünfte, Unterlagen wie E-Mails oder Datenbankausdrucke wurden jedoch nicht übermittelt.

Der Betroffene bringt vor, dass die in der DGSVO genannte „Kopie der Daten“ auch E-Mails und Datenbankauszüge inklusive allfälliger Freitextfelder meine, die personenbezogene Daten beinhalten würden.

Das österreichische Bundesverwaltungsgericht hat dem Gerichtshof eine

Reihe von Fragen zur Auslegung der DGSVO gestellt.

Generalanwalt Pitruzzella hat in seinen Schlussanträgen vom 15. Dezember 2022 die u.a. Ansicht vertreten, dass der Begriff „Kopie“ als eine getreue Wiedergabe der angeforderten personenbezogenen Daten in verständlicher Form zu verstehen sei.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite (EBS)** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-40/21 Agenția Națională de Integritate

Interessenkonflikt – Verbot der Bekleidung öffentlicher Wahlämter

In Rumänien wurde im Rahmen eines Disziplinarverfahrens einem ehemaligen Bürgermeister verboten, während drei Jahren gewählte öffentliche Ämter zu bekleiden.

Die Verwaltungsbehörde, die für die Beurteilung von Interessenkonflikten zuständig ist, hatte festgestellt, dass der damalige Bürgermeister die gesetzliche Regelung über Interessenkonflikte im Bereich der Verwaltung missachtete, indem er einem Verein, dessen Vizepräsidentin seine Ehefrau ist, gewisse Vorteile zugutekommen ließ.

Das von dem Betroffenen angerufene rumänische Gericht möchte vom Gerichtshof insbesondere wissen, ob der unionsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Strafen auch auf einen Fall angewendet werden kann, in welchem die streitige Sanktion nach nationalem Recht nicht strafrechtlicher, sondern disziplinarrechtlicher Natur ist.

Generalanwalt Emiliou hat in seinen Schlussanträgen vom 10. November 2022 die Ansicht vertreten, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einer automatisch verhängten Sanktion wie der in Rede stehenden entgegenstehen kann.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von**

Europe by Satellite ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-389/21 P Europäische Zentralbank / Crédit lyonnais

Berechnung der Verschuldensquote

Mit einem Rechtsmittel wendet sich die EZB gegen ein Urteil des Gerichts, mit dem ihr Beschluss, der Bank „Crédit lyonnais“ nicht zu erlauben, Risikopositionen aus bestimmten reglementierten Sparformen bei der Berechnung der Verschuldungsquote in vollem Umfang unberücksichtigt zu lassen, für nichtig erklärt wurde.

Die EZB macht geltend, das Gericht habe die Grenzen der gerichtlichen Kontrolle überschritten –und seine Begründungspflicht verletzt, zudem habe es den ihm während des Rechtsstreits unterbreiteten Vortrag verfälscht.

Generalanwalt Emiliou hat dem Gerichtshof in seinen Schlussanträgen vom 27. Oktober 2022 vorgeschlagen, das Urteil des Gerichts aufzuheben und die Nichtigkeitsklage von Crédit Lyonnais abzuweisen.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-60/22 Bundesrepublik Deutschland

Datenschutz in Asylverfahren

Ein abgelehnter Asylbewerber wendet sich gegen den ablehnenden Bescheid des deutschen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dem die elektronische Bundesamtsakte MARIS zugrunde liegt.

Das von ihm angerufene Verwaltungsgericht Wiesbaden hat Zweifel, ob ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten überhaupt bzw. vollständig bezüglich der MARIS-Akte beim Bundesamt vorliegt, was nach Unionsrecht eine fehlende bzw. unterlassene oder unvollständige Rechenschaftspflicht eines Verantwortlichen darstellen könne. Zudem existiere keine gesetzliche Regelung bezüglich des Verfahrens zur elektronischen Aktenübermittlung. Das Bundesamt habe auf Nachfrage des Verwaltungsgerichts die Übermittlung der Akte aus datenschutzrechtlichen Gründen verweigert.

Das Verwaltungsgericht möchte vom Gerichtshof wissen, ob eine fehlende bzw. unterlassene oder unvollständige Rechenschaftspflicht eines Verantwortlichen dazu führt, dass die Datenverarbeitung unrechtmäßig ist, sodass ein Lösungsanspruch des Betroffenen besteht. Ohne Schlussanträge.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-148/22 Commune d'Ans

Muslimische Kopfbedeckung

Eine Mitarbeiterin einer belgischen Gemeinde hat nach fünf Jahren den Wunsch geäußert, auf der Arbeit die muslimische Kopfbedeckung zu tragen. Die Gemeinde hat ihr dies verwehrt.

Das von der Betroffenen angerufene belgische Gericht möchte vom Gerichtshof insbesondere wissen, ob das Unionsrecht der öffentlichen Verwaltung erlaubt, ein vollständig neutrales Verwaltungsumfeld zu gestalten und folglich dem gesamten Personal unabhängig davon, ob ein direkter Kontakt im Publikumsverkehr besteht, das Tragen von Zeichen bestimmter Überzeugungen zu verbieten.

Generalanwalt Collins legt heute seine Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite (EBS)** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-206/22 Sparkasse Südpfalz

Quarantänepflicht während des Urlaubs

Ein Arbeitnehmer der Sparkasse Südpfalz musste im Kontext der Covid-19-Pandemie während seines Urlaubs unerwartet in Quarantäne.

Das Arbeitsgericht Ludwigshafen am Rhein möchte vom Gerichtshof wissen, ob das Unionsrecht dem entgegensteht, dass der Urlaubsanspruch auch dann als verbraucht gilt, wenn der Arbeitnehmer während eines genehmigten Urlaubs von einem unvorhersehbaren Ereignis (Quarantäne) betroffen ist.

Generalanwalt Pikamäe legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-451/21 P Luxemburg / Kommission und C-454/21 P Engie Global LNG Holding u.a. / Kommission

Staatliche Beihilfen – Tax Rulings

Mit Beschluss vom 20. Juni 2018 stellte die Kommission fest, dass Luxemburg zwei Unternehmen der Engie-Gruppe erlaubt habe, rund ein Jahrzehnt lang auf nahezu die Gesamtheit ihrer Gewinne keine Steuern zu

zahlen. Dies sei nach den EU-Beihilfavorschriften unzulässig, weil Engie daraus ein unangemessener Vorteil entstanden sei. Luxemburg müsse die nicht gezahlten Steuern in Höhe von rund 120 Mio. Euro zurückfordern (siehe Pressemitteilung der Kommission [IP/18/4228](#)).

Gegen diesen Beschluss haben Luxemburg und die Engie-Gruppe Klagen beim Gericht der EU erhoben, ohne Erfolg: Mit Urteil vom 12. Mai 2021 wies das Gericht die Klagen ab (siehe Pressemitteilung [Nr. 80/21](#)).

Die Engie-Gruppe und Luxemburg verfolgen ihr Anliegen weiter im Wege von Rechtsmitteln vor dem Gerichtshof.

Generalanwältin Kokott legt heute ihre Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite (EBS)** geben.

Weitere Informationen C-451/21

Weitere Informationen C-454/21

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-560/20 Landeshauptmann von Wien (Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling)

Familiennachzug

Ein unbegleiteter Minderjähriger aus Syrien wurde in Österreich als Flüchtling anerkannt. Seine Eltern sowie seine pflegebedürftige volljährige Schwester möchten nun zu ihm nach Österreich ziehen.

Das Verwaltungsgericht Wien möchte vom Gerichtshof erstens wissen, ob weiterhin die Regeln für die Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling anzuwenden sind, obwohl der Betreffende im Laufe des Zusammenführungsverfahrens volljährig geworden ist.

Zweitens möchte es wissen, ob der Zusammenführende über ausreichenden Wohnraum, über Krankenversicherungsschutz für sich und

seine Familie und über ausreichende Einkünfte verfügen muss.

Und drittens, ob der volljährigen Schwester, die an sich nicht nachzugsberechtigt ist, deshalb ein Aufenthaltsrecht zu gewähren ist, weil sie auf die Pflege ihrer Eltern angewiesen ist und ihre Eltern sie daher nicht alleine in Syrien zurücklassen können.

Generalanwalt Collins legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-819/21 Staatsanwaltschaft Aachen

Vollstreckung eines polnischen Strafurteils in Deutschland – Rechtsstaatlichkeit

Ein in Deutschland wohnhafter polnischer Staatsangehöriger wurde von einem polnischen Gericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Die Generalstaatsanwaltschaft Köln lehnte es ab, den Betroffenen auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls auszuliefern, da er in Deutschland seinen gewöhnlichen Aufenthalt und der Auslieferung widersprochen habe.

Das polnische Gericht hat hiernach die deutsche Staatsanwaltschaft um Prüfung ersucht, ob die Freiheitsstrafe in Deutschland vollstreckt werden könne.

Das Landgericht Aachen möchte vom Gerichtshof wissen, ob das zur Entscheidung über die Vollstreckbarkeitserklärung angerufene Gericht des vollstreckenden Mitgliedsstaates (hier das LG Aachen) die Anerkennung des Urteils eines anderen Mitgliedsstaates und die Vollstreckung der durch dieses Urteil erlassenen Sanktion ablehnen kann, wenn Anhaltspunkte bestehen, dass die Verhältnisse in diesem Mitgliedsstaat im Zeitpunkt des Erlasses der zu vollstreckenden Entscheidung unvereinbar mit dem Grundrecht auf ein faires Verfahren sind, weil in diesem Mitgliedsstaat das Justizsystem selbst nicht mehr im Einklang mit dem im EU-Recht verankerten Rechtsstaatsprinzip steht.

Falls diese Frage dahingehend verneint wird, dass die Entscheidung über die Rechtsstaatlichkeit eines Justizsystems dem Gerichtshof und nicht den mitgliedstaatlichen Gerichten obliegt, möchte das Landgericht Aachen wissen, ob das polnische Justizsystem zum relevanten Zeitpunkt bzw. auch noch heute im Einklang mit dem EU-Rechtsstaatsprinzip stand bzw. steht.

Generalanwalt Emiliou legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-319/22 Gesamtverband Autoteile-Handel

Zugang zu Kfz-Reparatur- und Wartungsinformationen

Der deutsche Gesamtverband Autoteile-Handel ist der Auffassung, der schwedische Nutzfahrzeugehersteller Scania habe gegen EU-Marktverhaltensregeln verstoßen, indem er keinen maschinenlesbaren und elektronisch verarbeitbaren Zugang – sondern nur einen manuellen – zu Informationen über die Reparatur und Wartung bereitstelle.

Scania ist der Ansicht, nur einen manuellen Zugang bereitstellen zu müssen, der auf der Webseite nur eine manuelle Recherche durch einen menschlichen Nutzer am Bildschirm ermöglicht und das Abfrageergebnis auf den sichtbaren Inhalt von Bildschirmseiten beschränkt.

Das Landgericht Köln hat den Gerichtshof hierzu um Vorabentscheidung ersucht

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 4. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem **Gericht** in der Rechtssache T-409/21 Deutschland / Kommission

Förderung für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung

Mit Beschluss vom 3. Juni 2021 genehmigte Kommission hat die Verlängerung und Änderung einer bestehenden deutschen Regelung zur Förderung der Stromerzeugung aus neuen, modernisierten und nachgerüsteten hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (mit Ausnahme von mit Stein- und Braunkohle betriebenen Anlagen) nach den EU-Beihilfevorschriften (siehe Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2842](#)).

Deutschland hat diesen Beschluss vor dem Gericht der EU teilweise angefochten. Es macht geltend, dass bestimmte Fördermaßnahmen gar nicht erst als staatliche Beihilfen anzusehen seien und es folglich auch keiner Genehmigung bedurft hätte.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 8. Mai 2023

Mündliche Verhandlung vor dem **Gerichtshof** (Große Kammer) in der Rechtssache C-234/21 *Défense Active des Amateurs d'Armes* u.a.

Übergangsregelung für halbautomatische Waffen

Im Rahmen einer Klage gegen die Reform des belgischen Waffengesetzes äußert der belgische Verfassungsgerichtshof Zweifel an der Gültigkeit einer Bestimmung einer EU-Richtlinie, die mit dieser Reform in das belgische Recht umgesetzt wurde.

Aufgrund dieser Gesetzesreform wurden 2019 in Belgien verschiedene Arten halbautomatischer Waffen verboten, deren Erwerb und Besitz bis dahin erlaubt war.

Waren solche Waffen hingegen vor dem 13. Juni 2017 rechtmäßig erworben und registriert worden, waren sie übergangsweise und unter bestimmten Voraussetzungen entsprechend der Möglichkeit, die die Richtlinienbestimmung den Mitgliedstaaten bot, weiterhin erlaubt.

Die in der Richtlinienbestimmung vorgesehene Übergangsregelung gilt jedoch nicht für die Besitzer von halbautomatischen Waffen, die für das Abfeuern von Platzpatronen, Reizstoffen, sonstigen aktiven Substanzen oder pyrotechnischer Munition oder in Salutwaffen oder akustische Waffen umgebaut wurden.

Der belgische Verfassungsgerichtshof ersucht den Gerichtshof, sich zur Gültigkeit der Übergangsregelung zu äußern. Er ist der Ansicht, diese Bestimmung könne mit dem Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Eigentum sowie dem Grundsatz des Vertrauensschutzes kollidieren.

Nachdem bereits am 19. September 2023 eine mündliche Verhandlung vor der Ersten Kammer stattgefunden und Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona am 24. November 2023 seine Schlussanträge vorgelegt hat, hat der Gerichtshof auf Anregung der Ersten Kammer beschlossen, diese Rechtssache der Großen Kammer zuzuweisen.

Heute findet die (erneute) mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer des Gerichtshofs statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 10. Mai 2023

Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-34/21 Ryanair / Kommission (Lufthansa ; COVID-19) und T-87/21 Condor Flugdienst / Kommission (Lufthansa ; COVID-19)

Beihilfe Deutschlands für Lufthansa angesichts der Covid-19-Krise

Mit Beschluss vom 25. Juni 2020 genehmigte die Kommission den geplanten Beitrag Deutschlands zur Rekapitalisierung von Lufthansa in Höhe von 6 Mrd. Euro. Diese Beihilfe sollte Lufthansa bei der Bewältigung der Covid-19-Krise helfen und eine Insolvenz vermeiden (siehe

Pressemitteilung der Kommission [IP/20/1179](#)).

Ryanair und Condor haben diesen Beschluss vor dem Gericht der EU angefochten, das heute sein Urteil verkündet.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

[Weitere Informationen T-34/21](#)

[Weitere Informationen T-87/21](#)

Mittwoch, 10. Mai 2023

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-238/21 Ryanair / Kommission (SAS II ; COVID-19)

Beihilfe für SAS angesichts der Covid-19-Krise

Die Europäische Kommission hat einen Befristeten Rahmen angenommen, damit die Mitgliedstaaten den in den Beihilfevorschriften vorgesehenen Spielraum in vollem Umfang nutzen können, um die Wirtschaft nach dem Ausbruch des Coronavirus zu unterstützen.

Sie hat den von Dänemark und Schweden geplanten Beitrag von bis zu 1 Mrd. Euro zur Rekapitalisierung der skandinavischen Fluggesellschaft SAS genehmigt. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des besagten befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Die Maßnahme ist Teil eines größeren Rekapitalisierungspakets, in dessen Rahmen auch eine erhebliche Beteiligung privater Investoren sowie die Umwandlung privater Schuldtitel in Eigenkapital vorgesehen sind.

Ryanair hat gegen diesen Beschluss eine Klage beim Gericht der EU eingereicht, in der sie eine Wettbewerbsverzerrung beanstandet. Das Gericht verkündet heute sein Urteil.

[Weitere Informationen](#)

Donnerstag, 11. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen

C-156/22 bis C-158/22 TAP Portugal (Tod des Kopiloten)

Fluggastrechte bei Flugannullierung

Die portugiesische Fluglinie TAP musste einen Flug von Stuttgart nach Lissabon annullieren, weil der Kopilot kurz vor dem Abflug tot in seinem Hotelzimmer aufgefunden wurde und die gesamte, unter Schock stehende Besatzung sich fluguntauglich meldete. Ersatzpersonal war vor Ort nicht vorhanden.

Da sich TAP weigerte, auf diesen Flug gebuchten Fluggästen eine Annullierungsentschädigung zu zahlen, haben die beiden Gesellschaften für Rechtshilfe für Fluggäste, flightright und Myflyright, TAP vor den deutschen Gerichten verklagt.

Das Landgericht Stuttgart möchte vom Gerichtshof wissen, ob der plötzliche Tod eines Kopiloten kurz vor dem planmäßigen Flugantritt einen außergewöhnlichen Umstand im Sinne der Fluggastrechteverordnung darstellen und somit die Fluglinie von einer Entschädigungspflicht befreien kann.

Generalanwältin Medina hat in ihren Schlussanträgen vom 9. Februar 2023 die Ansicht vertreten, dass die Annullierung eines Fluges, der von einem Flughafen außerhalb der Basis des betreffenden ausführenden Luftfahrtunternehmens starten sollte, wegen des plötzlichen Todes des Kopiloten, der die vorgeschriebenen regelmäßigen medizinischen Untersuchungen ohne Einschränkungen bestanden hatte, nicht unter den Begriff „außergewöhnliche Umstände“ falle.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 11. Mai 2023

**Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-155/22
Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld**

Übertragung der strafrechtlichen Verantwortung bei Transportunternehmen in

Die Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld stellte fest, dass die für die Wahrung der Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes verantwortliche Beauftragte eines Transportunternehmens in dem Zeitplan von Mitarbeitern die Lenk- und Ruhezeiten nicht berücksichtigt hatte, sodass jene Mitarbeiter eine erhebliche Anzahl an Überstunden leisteten. Die Behörde erlegte der Beauftragten daher ein Bußgeld auf. Tatsächlich kann nach österreichischem Recht die strafrechtliche Verantwortung eines Unternehmens unter bestimmten Voraussetzungen einer natürlichen Person auferlegt werden. Die Betroffene hat das Bußgeld vor einem österreichischen Gericht angefochten.

Dieses Gericht möchte vom Gerichtshof wissen, ob es mit Unionsrecht vereinbar ist, dass eine nationale Bestimmung den für ein Transportunternehmen strafrechtlich Verantwortlichen erlaubt, ihre Verantwortung für Verstöße gegen Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer auf eine natürliche Person zu übertragen, wenn diese Übertragung zur Folge hat, dass die Prüfung der Zuverlässigkeit des Transportunternehmens unterbleibt. Ohne Schlussanträge.

Zu diesem Urteil wird es eine [Pressemitteilung](#) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 11. Mai 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-817/21 *Inspeția Judiciară*

Unabhängigkeit der Justiz in Rumänien

In Rumänien ist für Disziplinarermittlungen gegen Richter und Staatsanwälte die sog. Justizinspektion zuständig, die zum Obersten Rat der Richter und Staatsanwälte gehört.

Eine Person, die Partei in einer Reihe von Strafverfahren ist, hat bei der Justizinspektion in Bezug auf mehrere Richter und Staatsanwälte disziplinarische Rügen erhoben, da sie sich durch deren justizielle Tätigkeit angegriffen fühlte. Nachdem die Justizinspektion die Rügen zurückgewiesen hatte, erhob die betroffene Person eine Rüge gegen deren

Leiter, den sog. Chefinspektor-Richter wegen angeblicher mehrerer böswilliger Disziplinarverstöße. Als das Verfahren über diese Rüge eingestellt wurde, wandte sich die betroffene Person schließlich an ein rumänisches Gericht.

Dieses Gericht hat den Gerichtshof im Wesentlichen um Klärung ersucht, ob die Garantien der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit auch für Disziplinarermittlungen der Justizinspektoren gegen den Chefinspektor gelten.

Generalanwalt Collins hat seine Schlussanträge am 26. Januar 2023 vorgelegt (siehe Pressemitteilung [Nr. 17./23](#)).

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 11. Mai 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-33/22 Österreichische Datenschutzbehörde

Recht auf Datenschutz gegenüber parlamentarischen Untersuchungsausschüssen

Das österreichische Parlament setzte 2018 einen Untersuchungsausschuss ein, um die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zu untersuchen.

Ein vom Ausschuss Befragter beanstandet vor den österreichischen Gerichten, dass das Protokoll seiner Befragung unter Nennung seines Namens auf der Website des Parlaments veröffentlicht wurde.

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof möchte vom EuGH erstens wissen, ob die Datenschutzgrundverordnung auf parlamentarische Untersuchungsausschüsse überhaupt anwendbar ist.

Zweitens möchte er wissen, ob das auch dann gilt, wenn es vor dem Ausschuss um den Schutz der nationalen Sicherheit geht.

Und drittens möchte er wissen, ob sich unmittelbar aus der Datenschutzgrundverordnung ergibt, dass für Datenschutzbeschwerden gegen parlamentarische Untersuchungsausschüsse die nationale

Datenschutzbehörde zuständig ist.

Generalanwalt Szpunar legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Unsere Terminhinweise informieren Sie über ausgesuchte Rechtssachen der kommenden Wochen. Diese unverbindlichen Hinweise der deutschsprachigen Sektion des Presse- und Informationsdienstes sind allein zur Unterstützung der Medienberichterstattung gedacht.

Gerichtshof der Europäischen
Union
L-2925 Luxemburg
» curia.europa.eu



CVRIA

Die neueste
EU-Rechtsprechung
jederzeit abrufbar

